

Die Wahrheit soll nicht ans Tageslicht

Gegen die Schließung von 12 TV Sendern und 11 Radiosendern wurde auf dem Galatasaray Platz protestiert.

Bei dem Protest waren Schilder wie „Wir werden nicht einer Stimme folgen“, „Die Stimme der Arbeiter, Hayatin Sesi wird nicht verstummen“, „12 TV und 11 Radiosender wurden geschlossen. Ausnahmezustand oder Putsch? Nenn es wie du willst.“, „Haben die Schlümpfe den Putsch organisiert? Warum wurde Zarok TVgeschlossen?“, „Der Ausnahmezustand ist ein Putsch gegen die Arbeiter, Presse und Demokratie.“, „Lass die Finger von meinen TV- und Radiosendern“ zu lesen.

An der Demonstration haben die Mitarbeiter der Sender sowie Journalistenvereinigungen teilgenommen.

Ugur Güc, Vorsitzende der Gewerkschaft der JournalistInnen in der Tür-

kei (TGS) sagte folgendes in seiner Rede: Weder Putsch noch Ausnahmezustand, nichts kann sich über die Demokratie stellen. Die AKP Regierung will den Journalismus vernichten. Wir müssen alle gemeinsam dagegen protestieren. Die versiegelten TV- und Radiosender, die inhaftierten Journalisten haben immer versucht die Stimme der Bevölkerung zu sein. Diese Regierung wird es nicht verhindern können, das über die Wahrheit berichtet wird. Dafür werden wir kämpfen.

Faruk Eren von Basin Is betonte „Die Presse wurde in diesem Land immer unterdrückt. Aber was wir in der letzten Woche erlebt haben, haben wir zu keiner Zeit erlebt. Unter falschem Vorwand wurden über dreitausend unserer Kollegen arbeitslos, die Zahl der inhaftierten Journalisten liegt bereits über 100. Die Schließung von 23 Sendern bedeutet Finsternis. Die Medien die heute nicht an unserer Seite stehen sollten nicht vergessen, eines Tages sind sie an der Reihe.“

Hayatin Sesi TV wird nicht schweigen

Nachdem die Übertragung von dem Sender Hayatin Sesi TV ohne jegliche Begründung durch TÜRKSAT gestoppt wurde, hat der Sender eine schriftliche Erklärung veröffentlicht. In dieser heißt es: „Wir werden nicht einer Stimme folgen!

Unsere Übertragung wurde ohne rechtliche Grundlage angehalten. Wir haben lediglich die mündliche Aussage von TÜRKSAT, dass die Regierung, basierend auf den Gesetzen während des Ausnahmezustands, die Anordnung gegeben hat die Ausstrahlung zu stoppen. Wir haben bereits in naher Vergangenheit darüber berichtet, dass die AKP Regierung durch den RTÜK (oberste Rat für Hörfunk und Fernsehen in der Türkei) unserem Sender immer wieder hohe Geld- und Verwaltungsstrafen auferlegt hat. In den letzten drei Monaten hat unser Sender 8 Strafen er-

halten. Dass dies Schritte sind, die dazu führen sollen die Ausstrahlung zu stoppen und den Sender zu schließen, hatten wir bereits betont. Durch den Ausnahmezustand muss die Regierung nicht mal mehr auf die Beschlüsse des RTÜK warten und konnte unsere Übertragung anhalten. Hayatin Sesi ist die Stimme der arbeitenden Bevölkerung, für Frieden und Laizismus, die Stimme der unterdrückten und ausgebeuteten Völker. Mit dem Verbot des Senders zeigt die Regierung gegen wessen Stimme sie ist. Wir verurteilen dieses Verbot aufs schärfste, denn als Sender sind unsere Grundprinzipien Arbeit, Demokratie, Laizismus und Frieden. Wir fordern jeden dazu auf sich mit unserem Sender zu solidarisieren und sich für die Pressefreiheit einzusetzen. Hayatin Sesi TV“

Was für einen TV-Sender braucht die Demokratiebewegung in der Türkei?

Der Sender Hayatin Sesi TV (Die Stimme des Lebens), wurde im Dezember 2007 als Antwort auf diese Fragen gegründet.

Trotz vieler Schwierigkeiten und Hindernisse hat der Sender es geschafft, die Stimme der Arbeiter zu sein, ihnen eine Plattform in den Medien zu bieten und ihren Kampf gegen Unterdrückung mitzutragen. Mit Hayatin Sesi will die Staatsführung einen Sender zum Schweigen bringen, der das Sprachrohr der jüngsten demokratischen Proteste war. Während die etablierten Medien die Gezi Bewegung, Bildungstreiks, Umweltproteste und die Forderungen der Studierenden totgeschwiegen haben, war Hayatin Sesi an vorderster Front.

Jetzt wollen sie Hayatin Sesi zum Schweigen bringen. Im Rahmen des Ausnahmezustandes beschloss das Ministerpräsidentenamt das Verbot der Übertragung von 12 kritischen Fernsehsendern, unter anderem Hayatin Sesi TV. Sie behaupten, die Demokratie zu verteidigen,

doch sehen das Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit als Bedrohung für ihre eigenen Ziele an. Sie wollen die zum Schweigen bringen, die die elementarsten demokratischen Recht und Freiheiten verteidigen. Bis her hat die Regierung den Ausnahmezustand als einen notwendigen Schritt erklärt, der sich gegen die Putschisten richten soll und nicht gegen die demokratischen Rechte der Bevölkerung. Doch der Schleier ist gefallen.

Jegliche oppositionelle Stimmen, die nicht auf der Linie der Regierung agieren, sollen verboten werden. Die regierungsnahen Mainstream-Medien sehen und zeigen zwischen all den Geschehnissen nur eine dunkle und bedeutungslose Leere. Um das Licht in dieser Leere zu sein, um die Stimme derer zu sein, die sonst kein Gehör finden, genau deswegen wurde Hayatin Sesi TV gegründet.

Gegen die Fernsehsender der Millionäre steht der Sender von Millionen, Hayatin Sesi TV!

TÜRKEI [aktuell]

ANALYSEN ■ HINTERGRUNDINFORMATIONEN ■ NEWS www.tuerkeiaktuell.wordpress.com OKTOBER 2016

Ausnahmezustand in der Türkei um drei Monate verlängert

Nachdem der Sicherheitsrat sich für eine Verlängerung des Ausnahmezustandes ausgesprochen hatte, wurde diese „Empfehlung“ nun in die Tat umgesetzt. Kaum verkündet, erklärte der Staatspräsident R.T. Erdogan, es sei durchaus denkbar, dass sogar 12 Monate nicht ausreichen könnten. Diese Erklärung ist für sich „Aufrichtig“, weil damit die Richtung und Politik der türkischen Regierung ausgesprochen wird. Nämlich, schnurstracks hin zu einer offenen Diktatur. Erdogan und seine Regierung ist gegenwärtig dermaßen enthemmt, weil sie weder von Innen noch von Außen eine ernsthafte Bedrohung zu fürchten hat. Alles was sie ankündigt und in die Tat umsetzt, schwellt zwar den Unmut und Zorn der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte an, doch eine unmittelbare Gefahr für die türkische Regierung ist noch nicht zu erkennen.

Sowohl die Repressionen im Land, als auch die Kriegsverbrechen außerhalb haben zugenommen: Tausende Menschen wurden entlassen und verhaftet. Intellektuelle, die sich für den Frieden eingesetzt haben, wurden verklagt. Der Krieg gegen das kurdische Volk wurde verschärft. In vielen Städten wurden Bürgermeister entmachtet. HDP Abgeordnete sollen jetzt mit Polizeigewalt zur Vernehmung gebracht werden. In Syrien wurde einmarschiert. Weitere 12 Fernsehsender und 11 Radiosender wurden geschlossen. Journalisten werden die Reisepässe einkassiert. Eine faschistische Türkei wird aufgebaut.

Aggressive Kriegspolitik

Ungezügelter Repression nach Innen, Kriegspolitik nach Außen ist längst keine „Vorahnung“ sondern, zeigt sich in der Irak- und Syrien-Politik ganz deutlich. Die türkische Regierung stellt die Forderung, in den Irak (mit der Begründung gegen den IS im Irak vorzugehen) mit Bodentruppen einmarschieren zu wollen. Ob sich die USA damit einverstanden erklärt, was gegenwärtig unwahrscheinlich scheint, ist abzuwarten. Denn ohne die Kenntnis der NATO ist ein derartiger Einmarsch kaum denkbar. Die irakische Regierung aber, hat diese Forderung mit aller Deutlichkeit abgelehnt. Der Irak hat die Türkei zum sofortigen Abzug ihrer Soldaten aus dem Norden des Landes aufgerufen. Die Entsendung der Einsatzkräfte sei ohne Zustimmung der Regierung erfolgt, hieß es in der Erklärung des irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi. Es handele sich um eine „ernste Verletzung der irakischen Souveränität“. Die Türkei operiert seit langem im Nordirak mit sogenannten Militärberatern und dem türkischen Geheimdienst MIT. Der Einsatz regulärer Truppen hat jedoch eine andere Qualität. Die oppositionelle Presse wird mundtot gemacht. Neben zahlreichen Verhaftungen im Bildungssektor, nach offiziellen Anga-



ben über 11 000, leidet vor allem die Pressefreiheit unter dem Regime der AKP. Kritische Berichterstattung ist in der Türkei kaum noch möglich, vor allem weil sämtliche kritische Medien den Repressionen der Regierung unterworfen sind. Nachdem bereits vor einigen Wochen die Tageszeitung „Özgür Gündem“ geschlossen wurde, wurden nun weitere zwölf kritische TV Sender und elf Radiosender Opfer der Regierungswillkür. Unter diesen Sendern ist Hayatin Sesi TV. Hayatin Sesi TV ist für seine kritische Berichterstattung, die Übertragung von Protesten und Streiks, als Stimme der ArbeiterInnen und aller Unterdrückten in der Türkei bekannt. Diese Schließungen sind nur ein Vorbote dafür, was die Verlängerung des Ausnahmezustandes in der nahen Zukunft mit sich bringen wird. Die AKP macht einen weiteren Schritt in der Beschneidung der Presse- und Meinungsfreiheit, hin zur Gleichschaltung der Medien und einer diktatorischen Alleinherrschaft.

Solidarität ist nötiger denn je

Trotz allen widrigen Umständen wehren sich Hunderttausende Menschen gegen die Unterdrückung und Willkür des türkischen Staates. Sie kämpfen für Demokratie, Frieden und Pressefreiheit. Die Bundesregierung kann diese Entwicklung nicht aussitzen. Sie muss Position beziehen. Solange der Ausnahmezustand andauert kann eine Zusammenarbeit nicht aufrecht gehalten werden. Diese Zusammenarbeit hat Erdogan jahrelang gestärkt. Es ist völlig inakzeptabel, dass die Bundesregierung zuschaut, wie der Ausnahmezustand verlängert wird und die Türkei sich immer weiter in eine faschistische Diktatur verwandelt! Solch ein Aufbau eines diktatorischen Regimes darf keineswegs unterstützt werden.

Was sind Erdogans Pläne in Syrien und Irak?

Offiziell wurde die Erlaubnis, um den Einmarsch türkischer Soldaten in den Irak und Syrien mit einer erneuten Abstimmung im türkischen Parlament, um 12 weitere Monate verlängert. Seit geraumer Zeit verhandelt Erdogan mit dem US Präsidenten Obama darüber Soldaten nach Rakka und Mosul zu schicken. Beginnend mit Rakka, haben wir die Antwort auf die Frage weshalb Erdogan unbedingt in Rakka einlaufen möchte, von ihm selber nach seiner Rückkehr von dem G20 Gipfel in China bekommen. „Was genau getan werden kann (in Bezug auf die Versendung türkischer Soldaten nach Rakka), wird sich aus den Ergebnissen der Treffen ergeben. Dies hängt von der Haltung der USA ab. Allerdings sind wir nun in der Position unsere Präsenz im Nahen Osten darlegen zu können. Falls wir einen Schritt zurück machen sollten, werden Terrororganisationen wie der IS, die PKK, PYD oder YPG diese Positionen einnehmen. Gleiches gilt auch für den Irak“, so Erdogan nach seiner Rückkehr.

Kurdenphobie

Es ist Erdogan enorm wichtig, die PYD bei der Befreiung von Rakka, als strategische Zentrale des sogenannten IS, mit allen Mitteln, nicht an der Operation teilhaben zu lassen. Darum geht es in den Verhandlungen zwischen der USA und Erdogan. „Lasst die Kurden aus dem Spiel und dafür uns unsere Soldaten dahin schicken“ ist das was Erdogan sagen möchte. Vom Einmarsch in Dscharabulus, bis hin zur Ausweitung der Pufferzone bis nach al-Bab, aber auch das Interesse daran Soldaten nach Rakka zu schicken, obwohl diese Stadt nicht annähernd an den Grenzen der Türkei liegt, ist bedingt durch die Tatsache, dass die Kurden in Syrien als eine Gefahr angesehen werden. Diese „Gefahr“, erschwert nämlich auf erhebliche Weise die AKP-Regierung daran ihre Politik im Umgang mit der Kurdenfrage weiter fortzusetzen. Allerdings muss man sich eine wichtige Tatsache vor Augen führen. Falls die Türkei sich in die Rakka-Operation einmischen sollte, womit sie die Al-Kaida aber auch die freie syrische Armee zu einer wirksamen Kraft heranwachsen lassen würde, würde sie sich damit nicht nur in den direkten Konflikt mit den Kurden begeben. Dies würde auch eine offene Gegenüberstellung der Türkei mit Russland, dem Syrien-Regime aber auch Iran mit sich bringen.

„Neo-Osmanismus“

Zu der Thematik um Mosul lässt sich folgendes sagen. Es ist eindeutig, dass es der Erdogan-Regierung bei den Verhandlungen um die Teilhabe an der Operation in Mosul, keineswegs um die nationale Sicherheit geht. Seit einem Jahrhundert lassen die reichen Vorkommen an Energieressourcen in Mosul, der türkischen Bourgeoisie das Wasser im Munde zusammenlaufen. Erdogans Politik, und seine geplanten Schritte, lassen erkennen wie allgegenwärtig immer noch der Traum einer imperialistischen Macht ist. Mit anderen Worten, versucht die Politik die Davutoglu in seiner Niederschrift: „Neo-Osmanismus“ verfasst hatte, nach wie vor mit dem türki-

schen Kapital und Erdogan als deren Vertreter weiter am Leben zu bleiben. Dieser Versuch der Expansionspolitik, zeigt sich an der Bestrebung daran, ein Teil der Operation in Mosul bei der Befreiung vom sogenannten IS sein zu wollen, um im Nachhinein ein Mitspracherecht an der Zukunft dieses Gebietes haben zu können. Bereits seit geraumer Zeit herrscht eine verstrickte Diskussion darüber, mit Hilfe welcher Kräfte man versuchen soll Mosul zu befreien. Wenn es nach der Türkei geht, sollte Mosul im Irak durch die sunnitischen Kräfte rund um den Gouverneur Esil Nucevfi „befreit“ werden. Bei den Auseinandersetzungen hatte gerade Nucevfi, Mosul an den IS überlassen. Im Dezember letzten Jahres hatte diese Forderung der Türkei zu einer Krise zwischen dem Irak und Türkei geführt. Dieser Konflikt wurde vom Irak bis zu den Vereinten Nationen getragen. Anlass dafür war die Tatsache, dass die Türkei 25 Panzer und hunderte Soldaten in den Irak aussandte, um dort die sunnitischen Milizen (Haşd el Vatani) um Nucevfi auszubilden. Auf Druck der irakischen Regierung mussten diese später abgezogen werden.

Dabei kann die Türkei selber unter die „Räder“ kommen

Genauso wie Erdogan unter dem Vorwand der Unterstützung der freien syrischen Armee seine Soldaten nach Syrien geschickt hat, versucht er mit der Erklärung Milizen um Nucevfi herum zu unterstützen, nun türkische Soldaten auch in den Irak zu schicken. Falls es nämlich zu einer Befreiung von Mosul durch schiitische und kurdische Kräfte kommen sollte, würde dies das Aus des Mosul-Traums für Erdogan bedeuten. Somit ist die verfolgte Neo-osmanische Politik nicht nur einfach Hirngespinnst eines Gelehrten namens Davutoglu. Was mit einer Politik unter dem Namen „Freunde machen“ begann, wurde durch das türkische Kapital und Erdogan als Vertreter gezwungenermaßen zu einer blutigen, realen Politik. Eines steht fest. Es gibt nichts positives was der Krieg in Rakka und Mosul für die in der Türkei lebenden Völker bringen könnte. Im Gegenteil würden diese Kriege die Türkei noch weiter ins Chaos stürzen als zum jetzigen Zeitpunkt. Unter dem Vorwand von „Heimat und Nation“ würde die Türkei der Expansionspolitik folgend unter die Räder der imperialistischen Länder und ihrer Kriegsmaschinerie führen.



Für Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei

Rede von Frank Überall, dem Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes, auf der Kundgebung am 1. Oktober in Köln, zur Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei:

Wir könnten jetzt alle bei unseren Familien sein und unser verlängertes Wochenende genießen. Aber wir sind heute auf der Straße, für die Pressefreiheit unserer Kolleginnen und Kollegen in der Türkei. Wenn man da überhaupt noch von Pressefreiheit sprechen kann.

Ich war bei der Delegationsreise in Istanbul, zwei Tage vor dem Putschversuch schon vor Ort. Bereits vor den Ausnahmezuständen, sind unsere Kolleginnen und Kollegen, sind Journalistinnen und Journalisten gegängelt worden. Sie sind an einer freien Berichterstattung gehindert worden. An dieser Stelle, auch ein Dankeschön an die DİDF, welche diese Reise organisiert hat. Ich habe mit Menschen dort zusammen gesessen, die mir mehrere dicke Aktenordner, mit diversen Unterlagen gezeigt haben. Da ging es nur um Verfahren, die seitens der türkischen Regierung gegen diese Medien eingeleitet wurde. Darunter befanden sich Fernsehsender, Tageszeitungen und Journalistengewerkschaften. Wie schnell man schon damals in den Fokus rücken konnte, sowie der Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt werden kann, ist uns zu dem Zeitpunkt bereits sehr schnell klar geworden. Wenn man nur über eine kritische Veranstaltung berichtet oder abgeschrieben hat, was so auf den Plakaten steht und dies somit zitiert hat, dann musste man sich unter Umständen schon wegen Präsidentenbeleidigung oder wegen einer angeblichen Unterstützung von Terrororganisationen verantworten und kam ins Gefängnis. Ich habe mit Menschen gesprochen und das hat mich sehr tief betroffen gemacht, die wenige Tage bevor ich mit ihnen reden konnte noch im Gefängnis gesessen hatten, die auf Anklagen warteten und gar nicht genau gewusst hatten, was ihnen konkret vorgeworfen wird. Menschen, die dort einigermaßen entspannt gesessen haben und darauf gewartet haben, dass irgendwann ihnen der Prozess gemacht wird. Ein nicht fairer Prozess. Ein willkürlicher Prozess der damit enden kann, wie beispielsweise bei Can Dündar, dem ehemaligen Chefredakteur von Cumhuriyet. Jemand der hier für die Pressefreiheit ausgezeichnet wird und in der Türkei fürchten muss für Jahre ins Gefängnis zu gehen, weil er nichts anderes gemacht hat als über die Wahrheit zu berichten.

Wir müssen nicht politisch in allen Dingen immer einer Meinung sein, aber es ist wichtig, dass auch oppositionelle Stimmen zu Wort kommen; dass es eine Presse- und Meinungsfreiheit gibt. Und insofern richtet sich mein Appell auch an die deutsche Bundesregierung sowie an die europäische Union. Wir müssen klarer und deutlicher werden was die Presse- und Meinungsfreiheit angeht. Wir müssen einfordern, dass hier die Demokratie nicht kaputt gemacht wird. Das gilt sowohl für uns Journalistinnen und Journalisten hier, als auch für unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort in der Türkei. Selbstver-



ständig muss dies auch für andere in der Zivilgesellschaft gelten wie zum Beispiel Nichtregierungsorganisation, Wissenschaftler und Juristen. Auch die werden nämlich willkürlich verfolgt. Selbst dieses zarte Pflänzchen an Demokratie wird einfach niedergetrampelt.

Ein Jahr zuvor war ich für eine Woche im Auftrag der Europäischen Union als Experte in Ankara. Neben meinem Hauptberuf als Journalist, bin ich auch Journalismus-Professor. Wir haben dort, im Justizministerium in Ankara sehr gute Gespräche geführt. Es gab zum Beispiel in den meisten Staatsanwaltschaften und Gerichten bis dato keine Pressestellen. Und in diesem System, in diesem Verhandlungssystem mit der Europäischen Union, hat man solche Pressestellen eingeführt. Man hat sich für Pressefreiheit eingesetzt. Das hat mir damals Mut gegeben. Ich dachte, wir sind auf einem guten Weg. Und Erdogan hat das, wohl gemerkt, schon vor dem Putschversuch in weiten Teilen umgeworfen. Aktuell im Ausnahmezustand, der jetzt noch einmal verlängert wurde, wird die Zivilgesellschaft zugleich mit der Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen getreten. Wir dürfen dabei nicht zuschauen. Wir müssen uns engagieren, wir müssen solidarisch sein und deswegen sind wir heute hier. Deswegen bin auch ich heute für den Deutschen Journalistenverband hier, und rufe euch allen zu: Haltet durch! Haltet den Druck aufrecht! Vielen Dank.